

Martin Korol

Stellungnahme zum Antrag des Fraktionsvorstandes zur Fraktionssitzung am 8. April 2013 auf meinen Ausschluss aus der SPD-Bürgerschaftsfraktion

08.04.2013

Liebe Genossinnen und Genossen,

der Antrag des Fraktionsvorstandes für die Fraktionssitzung am 8. April 2013 auf meinen Ausschluss aus der SPD-Bürgerschaftsfraktion lautet:

„Die Fraktionsversammlung der SPD-Bürgerschaftsfraktion möge beschließen:
„Das Mitglied der Bremischen Bürgerschaft Dr. Martin Korol wird wegen Vorliegen der Voraussetzungen nach § 9 Absatz 1 und 2 der Geschäftsordnung der SPD-Bürgerschaftsfraktion des Landes Bremen (18. Legislaturperiode) aus der SPD-Bürgerschaftsfraktion (Land- und Stadt) mit sofortiger Wirkung ausgeschlossen.““

Zu diesem Antrag nehme ich wie folgt Stellung:

Antragstext und Antragsbegründung umfassen einen Text von sechs Seiten. Beigefügt wurde eine Anlage im Umfang von 116 Seiten. Sie enthält Artikel von mir, Stellungnahmen zu der Angelegenheit von verschiedenen Gruppen und Artikel von Medien. Meine Artikel sind in dieser Form nur schwer lesbar. Ihr fragtet mich nicht, ob Ihr meine Artikel als WORD- oder als PDF-Datei bekommen könntet. Hättet Ihr. Statt dessen ludet Ihr 200 MB von meiner Homepage herunter und stelltet sie den Mitgliedern der SPD-Fraktion in der Bürgerschaft zur Verfügung.

Nun zum Inhalt, beginnend mit einem Eingeständnis: Offensichtlich empfiehlt es sich, erst einmal nachzudenken, bevor man etwas schreibt. Dabei muss der Autor auch beachten, wie die von ihm verfassten Texte bei den Adressaten ankommen. Außerdem hat gewiss mancher von uns (einschließlich der Mitglieder der Fraktion und des Fraktionsvorstandes) seine teilweise marottenhaften und mitunter auch bizarren Privatansichten, die nicht immer korrekt auf Parteilinie liegen, die man aber wohlweislich besser für sich behält. Hier habe ich Fehler gemacht, die ich aufrichtig bedauere. Gleichwohl halte ich den Antrag auf meinen Ausschluss für überzogen und für unverhältnismäßig.

1. Der Artikel „Roma in Bremen“, Fassung vom 15.2.2013

Auf Seite 6 seines Antrages hält mir der Fraktionsvorstand „rassistische Veröffentlichungen“ vor. Allerdings bleibt er dafür den Nachweis schuldig. Meine

Formulierungen mögen unangemessen, polemisch und unsachlich sein, aber all diese Eigenschaften erfüllen noch nicht den Tatbestand des „Rassismus“. Der Fraktionsvorstand sagt nicht, was er unter „Rassismus“ versteht. Der Vorwurf steht einfach so ohne Definition und ohne die dazu gehörenden Belege im Raum.

In der Tat ist es nicht einfach zu definieren, was „Rassismus“ ist. In „Rassismus.de“ heißt es: „Die Wissenschaft hat gleich mehrere Definitionen für den Begriff Rassismus parat. Diese variieren je nach Schwerpunkt in der Tragweite, Erklärungsmacht und Gültigkeit. Das Akzeptieren und auch die Ablehnung können von ethischen oder gar politischen Präferenzen abhängen.“¹ Entschiedener heißt es in „Wikipedia“: „Rassismus ist eine Ideologie, die ‚Rasse‘ in der biologischen Bedeutung als grundsätzlichen bestimmenden Faktor menschlicher Fähigkeiten und Eigenschaften deutet“.²

Nach meinem Verständnis bedeutet „Rassismus“, dass man Personen aufgrund ihrer Abstammung oder äußeren Merkmale (z. B. Hautfarbe) **unveränderliche** und **biologisch determinierte** Wesenseigenschaften zuschreibt, die sie von anderen Menschen unterscheiden. Außerdem geht der Rassismus von der ebenfalls **biologisch determinierten** Ungleichwertigkeit der „Rassen“ aus, womit die Einheit des Menschengeschlechts und der damit verbundene moralische Gleichheitsgrundsatz geleugnet werden. Das ist nicht mein Ansatz. „Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ächten Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus. Sie haben Deutschland in seine schlimmste Katastrophe geführt. Wir werden deshalb immer dafür kämpfen, dass unser Land nie wieder in Barbarei abgleitet“, heißt es hingegen im Hamburger Programm der SPD von 2007. So denke ich auch.

Die erwähnte Anlage zum Antrag des Fraktionsvorstandes enthält den Artikel „Roma in Bremen“ in der Version vom 6. Februar 2013. Die dann folgende Fassung, die ich in die Homepage stellte, war die vom 15. Februar 2013. Mir ist unklar, warum sich der Fraktionsvorstand auf die ältere Fassung beruft, die zu dem Zeitpunkt, da ich meinen praktischen Dienst in der Bürgerschaft begann (19.2.13), schon veraltet war. Das ist ja der Sinn einer elektronischen Zeitung wie der Homepage, dass jeder Ausgabe unmittelbar eine neue, veränderte, verbesserte, folgen kann, die die alte Version ablöst. Darum stand grundsätzlich auf S. 1 meiner Artikel vor dem aktuellen Datum der Hinweis „Vorletzte Fassung“.

In dem Text „Roma in Bremen“ vom 15.2.2013 skizzierte ich um einer notwendigen Differenzierung wegen die ganz unterschiedlichen Gruppen von Roma. Ich schilderte auch – gewiss in krassen Farben, aber aus eigener Anschauung und Erfahrung in zwei Jahren Arbeit an einer staatlichen Schule in Sofia – den Traditionsrahmen der Gruppe, aus der Roma aus Bulgarien (oder Rumänien) z.B. nach Bremen kommen. Aber ich schrieb auch, in welcher Haltung wir diesen Menschen zu begegnen hätten: „**Gewiss, auch hier lohnt der Kampf um jedes Kind, um je-**

¹ Quelle: http://www.rassismus.de/index.php?option=com_content&view=article&id=50&Itemid=57. 3.4.2013.

² Quelle: <http://de.wikipedia.org/wiki/Rassismus>. 03.04.2013.

des Mädchen und jeden Jungen und um jeden Erwachsenen“, verbunden mit dem Einwand: „Aber dafür sind wir Bremerinnen und Bremer kaum gerüstet.“ Diese Passage unterschlugen meiner Kritiker gerne, passte sie doch nicht in ihr Bild von mir als dem eines „Rassisten“. Sie deutet eher auf einen Politik-erfahrenen Sozialdemokraten hin, der (noch) nicht sieht, wie Bremen den Immigrantinnen und Immigranten wird helfen können. Die Zeiten, da SenatorInnen „Geld in die Hand nehmen“ und „noch eine Schippe drauflegen“ konnten, sind bekanntlich vorbei.

Die SPD-Fraktion hat inzwischen einen Antrag unter dem Titel vorbereitet: „Integration von Neu-EU-Bürgerinnen und Bürgern“. Er liegt mir in der Fassung vom 25. März vor. Sein Inhalt entspricht meiner Intention. Das gilt auch für den Besuch von Uwe Beckmeyer in den Problemzonen von Bremen-Blumenthal, worüber der „Weser Report“ am Ostersonntag in seinem Artikel „Beckmeyer will Workshop“ in der Bremen-Norder Ausgabe berichtete.

Niemand wird selbst in den anfechtbarsten Sätzen in meinem Artikel „Roma in Bremen“ in der Fassung vom 15.2.2013 biologistische Argumente finden und benennen können, die auf die „rassenmäßige“ moralische Ungleichwertigkeit des von mir besprochenen Personenkreises hinweisen. Biologistische Gedankenführungen, wie sie beispielsweise der Genosse Thilo Sarrazin veröffentlicht hatte, für die er sich dann entschuldigte und die er aus seinem Buch entfernte, sind mir fremd.

Ich bedauere die polemischen und undifferenzierten Formulierungen, die in den Augen der Leser eine ganze Volksgruppe pauschal herabsetzen und für Angehörige dieser Ethnie verletzend und beleidigend wirken müssen. Gleichwohl halte ich es für angemessen, die nun einmal vorhandenen objektiven Probleme anzusprechen, die mit der verstärkten Armutsmigration – vor allem aus Bulgarien und Rumänien – für die aufnehmenden Länder und Kommunen verbunden sind. Aus meiner Sicht müssen diese Probleme vorrangig in den Herkunftsländern gelöst werden, die dafür ja auch von der EU entsprechende Mittel zugewiesen bekommen haben:

„Der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma hat wiederholt erklärt, dass die Situation in den Herkunftsländern nicht in Deutschland gelöst werden könne. Zur Bewältigung der Aufgaben, die in den deutschen Städten und Kommunen für die Armutsflüchtlinge entstanden sind, ist es unbedingt notwendig, dass Bundestag und Bundesregierung diese im Rahmen des bestehenden Nationalen Aktionsplans Integration gezielt fördern. Die Einrichtungen vor Ort dürfen mit der Lage und den Anforderungen nicht allein gelassen werden, vielmehr muss die Bundesregierung jetzt den Kommunen ebenso wie den zivilgesellschaftlichen Organisationen die Unterstützung durch den Nationalen Aktionsplan leisten.“³

Seit Beginn des zivilisierten Zusammenlebens gibt es Armutsmigrationen von der

³ Zentralrat Deutscher Sinti und Roma. Bremeneckgasse 2 Tel : +49 6221 – 98 11 01 zentralrat@sintiundroma.de 69117 Heidelberg Fax : +49 6221 – 98 11 90 www.sintiundroma.de). 05. März 2013 . Pressemitteilung.

Peripherie ins Zentrum. Die Landbevölkerung zog es in die Städte, da sie hier auf Arbeit und bessere Lebensbedingungen hoffte. Die mitgebrachten ländlichen Traditionen stießen dabei mit der urbanen Kultur zusammen und produzierten regelmäßig Kulturkonflikte zwischen den ansässigen städtischen Bewohnern und den Zugewanderten. Da sich die Hoffnung auf Arbeit und bessere Lebensbedingungen häufig genug als Illusionen erwiesen, zogen sich die Zugewanderten in „landmannschaftliche“ Zusammenschlüsse zurück, wo sie ihre mitgebrachten Traditionen pfl egten, um nicht in totaler Anomie zu enden.

Heute findet diese Armutsmigration von der Peripherie ins Zentrum im globalen Maßstab statt.⁴ Und wegen der globalen Ausweitung nehmen auch die kulturellen Ungleichzeitigkeiten zu. Bei den Armutsmigranten handelt es sich ja nicht um in unserem Sinne aufgeklärte Angehörige der Mittelschicht, sondern um Menschen, die tatsächlich aus ziemlich archaischen Sozialverhältnissen stammen – und die sich im neuen Umfeld wegen ihrer sozialen Randständigkeit und fehlenden Integrationsmöglichkeiten umso fester an ihre Traditionen binden. Dies betrifft nicht nur die Roma, sondern auch Menschen, die z.B. aus Anatolien kommen und die an für uns völlig fremden Ehrvorstellungen festhalten, die sie gegenüber Familienmitgliedern gegebenenfalls auch „exekutieren“. Insofern war meine Fokussierung und polemische Zuspitzung auf die Roma fehlerhaft. Ich hätte in sachlicherer und generellerer Weise das Problem der kulturellen Ungleichzeitigkeiten thematisieren müssen, wobei folgender Gesichtspunkt besonders zu berücksichtigen ist: Je sozial deprivierter eine Armutspopulation ist, desto schwieriger gestalten sich integrative Bemühungen. Und erst hier kämen die zugewanderten Roma aus Bulgarien und Rumänien ins Spiel. Denn diese Bevölkerungsgruppen sind besonders arm dran. Die meisten von ihnen kommen aus völlig verelendeten Verhältnissen.⁵ Und sie kommen aus Ländern, in denen sie drangsaliert werden. Verelendung, Verfolgung und Drangsalierungen festigen jedoch jene archaischen Vergemeinschaftungen, deren kulturelle Ausformungen ich unangemessen, polemisch und undifferenziert beschrieben habe.

Wenn der Fraktionsvorstand auf S. 5 gegen mich die migrationspolitischen Koalitionsabsprachen benennt, so stellt sich mir die Frage, ob und inwieweit mit ihnen die Roma-Zuwanderung samt deren speziellen Problemen bewältigt werden kann. Mit wohlmeinenden Aussagen, hinter denen kein **zusätzlicher** Ressourceneinsatz steht, ist es nämlich nicht getan. Und in diesem Sinne habe ich gemeint, dass Bremen auf die erst in neuerer Zeit stärker stattfindenden Roma-Zuwanderung nicht vorberei-

⁴ Jüngst dazu: Deutsche Welle: Einwanderung – Armutsmigration belastet deutsche Städte. Quelle: <http://www.dw.de/armutsmigration-belastet-deutsche-st%C3%A4dte/a-16608136>. 1.4.2013.

⁵ Vgl.: Deutschland: Debatte um „Armutsmigration“ aus Rumänien und Bulgarien, in: Migration.info. Dort heißt es in der Einleitung: „Die Zuwanderung aus Rumänien und Bulgarien wird in der Öffentlichkeit und Politik weiter kontrovers diskutiert. Während teilweise pauschal alle Zugewanderten aus diesen Ländern als „Armutszuwanderer“ klassifiziert werden, zeigt die statistische Detailanalyse ein wesentlich differenzierteres Bild. Politiker streiten derweil darüber, mit welchen Maßnahmen der Zuwanderung begegnet werden soll.“ Quelle: http://www.migration-info.de/mub_artikel.php?Id=130301. 1.4.2013.

tet ist. Denn wie sich in der Vergangenheit zeigt, werden sämtliche humanitären Erwägungen und Planungen (die bei den Roma drängend sind!) auf die vom Fraktionsvorstand benannten ehernen Grenzen des Haushaltsnotlagelandes Bremen stoßen.

2. Angebliche Infragestellung der „antifaschistischen Grundhaltung“ der Partei

Hier wird mir implizit, da ich den Begriff „Antifaschismus“ hinterfrage, eine „profaschistische“ Einstellung unterstellt. Dies ist absurd! Tatsächlich kritisiere ich als **Historiker** den **politischen** Gebrauch des Begriffs. Politische Begriffe müssen öffentlich handhabbar und eingängig sein. Ihr analytischer Gehalt ist dabei zweitrangig. Dagegen drängt die historische Wissenschaft auf begriffliche Präzision und ist an der politischen Verwertbarkeit ihrer Definitionen weniger interessiert. Diesen Dissens habe ich thematisiert. Denn aus der Sicht der historischen Wissenschaft ist der Begriff des „Antifaschismus“ leer. Er ist ein reiner **Gegenbegriff**, der sich aus dem „Faschismus“ ableitet. Aber was ist „Faschismus“? Hier herrscht unter den Gelehrten heftiger Streit. Ist die Bezeichnung des deutschen „Nationalsozialismus“ als „faschistisch“ angesichts der systematischen Judenausrottung nicht eher eine Verharmlosung, wenn wir im Vergleich an den italienischen Namenpatron oder an den „Austrofaschismus“ von Dollfuß und Schuschnigg denken? Und wieweit war das spanische Regime Francos „faschistisch“ oder „bloß“ klerikal-autoritär? Es gibt sogar Historiker, die den Faschismus als europäisches Gesamtphänomen in Frage stellen und nur von verschiedenen mehr oder weniger stark plebiszitär ausgerichteten Rechtsdiktaturen sprechen. Wenn es aber keine einheitliche und allgemein anerkannte Definition des Begriffes „Faschismus“ gibt, wie soll dann ein allgemein verbindlicher Antifaschismusbegriff existieren?! Das ist schon von der Logik unmöglich. Derlei Feinheiten interessieren die Politik naturgemäß weniger. Sie braucht eher Begriffe, die den Dualismus von „Freund“ und „Feind“ bedienen. Das Vorgehen des Fraktionsvorstandes belegt das beispielhaft.

3. Angebliche Infragestellung der Gleichberechtigung von Mann und Frau

Der Antrag des Fraktionsvorstandes unterstellt mir, ich stelle „den Grundsatz der Gleichberechtigung von Mann und Frau, wie er durch das Grundgesetz und die Bremische Landesverfassung geschützt wird und die entsprechenden Ziele der SPD infrage“ und äußere mich „in frauendiskriminierender Weise“.

Der in diesem Zusammenhang zitierte Absatz meines Artikels über den „Untergang des Patriarchats“ beweist überhaupt nichts. Meine Grundposition zu diesem Thema wird in verschiedenen Artikeln auf der Homepage immer wieder deutlich:

1. Ich stelle die These auf, dass der Untergang des europäischen Patriarchats um 1900 deutlich wurde und dass die herrschenden Patriarchen unter deut-

scher Führung den Ersten Weltkrieg vom Zaun brachen, um zu beweisen, wie aktuell sie noch seien.

2. Der Zweite Weltkrieg und gar der Holocaust sind, so meine These, Ergebnis der deutschen Politik 1933-45, die das Rad der Geschichte mit den Mitteln des Totalen Krieges zurückdrehen wollte zur Wiederherstellung der patriarchalischen Herrschaft.
3. In allen drei katastrophalen Verbrechen wurden nicht nur Millionen von Menschen getötet, sondern auch der Geist des Abendlandes.
4. Selbstverständlich bin ich für die Gleichberechtigung von Mann und Frau, schon deswegen, weil für mich 1776 und 1789 die wegweisenden Ereignisse der Moderne sind.

Darum ist nur folgerichtig, wenn ich davor warne, zu glauben, die Übernahme der Herrschaft durch Frauen innerhalb des untergehenden patriarchalischen Systems an sich könne zukunftsfruchtig sein. Ist bei ihnen der Staat in besseren Händen? Dazu ist m.E. die Ablösung des patriarchalischen Systems durch ein demokratisches und soziales die notwendige Voraussetzung.

4. Von der privaten Homepage zur offiziellen Homepage eines MdBB

Zweifellos enthalten meine Artikel über diese klaren und alles andere als reaktionären Thesen hinaus bisweilen „marottenhafte und bizarre Privatansichten“, deren Mitteilung gemäß dem ebenfalls oben beschriebenen Grundsatz „erst denken und dann schreiben“ besser unterblieben wäre. Ich bin in meiner Erziehung traditionell katholisch geprägt und folge in meiner privaten Lebensführung eher kulturkonservativen Maximen. Bei dem Text handelt es sich, selbstironisierend gedeutet, um das kulturkritische Reflektieren eines älteren Mannes. Es ist nur natürlich, dass ich den Untergang meiner „Welt von Gestern“, wie Stefan Zweig seine Erinnerungen benannte, zum Teil mit Wehmut betrachte. Dafür bitte ich um Verständnis. Inzwischen ist mir durch eigenes Nachdenken und durch kritische Hinweise, nicht nur von Parteimitgliedern, bewusst geworden, dass mein Text entgegen meiner Intention durchaus politische Implikationen enthält, die das Sinnieren über die eigene Lebenspraxis überschreiten. Von den **politischen** Implikationen meines Aufsatzes und den dort naheliegenden möglichen **politischen** Schlussfolgerungen distanzriere ich mich ausdrücklich.

Die Trennung von öffentlichem Raum und privater Lebenssphäre gehört zu den Errungenschaften der Moderne. Erst jene Trennung, die dafür sorgte, dass die private Lebensführung nicht mehr öffentlich gerechtfertigt werden musste und öffentlich kontrolliert werden konnte (sofern nicht Individualrechte wie Freiheit, Leben und körperliche Unversehrtheit betroffen sind), stellte ein selbstbestimmtes Leben sicher. Dieses selbstbestimmte Leben findet heute in einem wertpluralen Universum statt. Und innerhalb dieses wertpluralen Universums folge ich einer kulturkonservativ-katholischen Lebenspraxis, so wie andere einen libertär-hedonistischen oder „emanzipatorischen“ Lebensstil bevorzugen. Über diese unterschiedli-

chen Lebensführungskonzepte hat die Politik nicht zu befinden. Sie hat (neben dem Schutz von Individualrechten) ausschließlich für ihre Kompatibilität zu sorgen, sodass kulturkonservative Katholiken (oder Moslems), libertäre Hedonisten und „emanzipatorische“ Vertreter in wechselseitiger Toleranz neben- und miteinander leben können. Der liberale Theoretiker John Stuart Mill hat einmal gesagt, dass die Konformisten den Nonkonformisten nicht vorschreiben dürften, wie sie zu leben hätten, dass dies aber auch umgekehrt für die Nonkonformisten gegenüber den Konformisten gelte. In diesem Sinne nehme ich für mich in unserer Partei in Anspruch, in meiner **privaten** Lebensführung kulturkonservative Werte zu verfolgen, für diese aber **keinen öffentlichen allgemeinen Geltungsanspruch zu erheben**. Dem möglicherweise entgegenstehende Interpretationen meines Aufsatzes über das „Ende des Patriarchats“ bedauere ich ausdrücklich.

5. Von mir geforderte Qualifikationsanforderungen für Abgeordnete

In der Begründung des Ausschlussantrages heißt es auf S. 6: „Schließlich hat Martin Korol durch die Veröffentlichung seiner Texte das Ansehen der SPD Bürgerschaftsfraktion in der Öffentlichkeit nachhaltig geschädigt, wie die wochenlange Medienberichterstattung zu dem Thema zeigt.“

Das mag plausibel klingen, ist es aber nicht. Nicht die Veröffentlichung meiner Texte schädigte das Ansehen der SPD Bürgerschaftsfraktion in der Öffentlichkeit „nachhaltig“. Die meisten meiner Artikel unter der Rubrik „Aktuelles“ standen in der ersten Fassung im letzten Quartal 2012/13 auf der Homepage. Bis zum 20.2.2013 hatte sie kaum jemand gelesen. Nie hatte sich jemand gemeldet, der darüber diskutieren wollte oder sie gar „rassistisch“ oder „frauenfeindlich“ fand. An meinem zweiten Tag in der BB kam um 12:30 Uhr der Pressesprecher der Fraktion auf mich zu und wies mich darauf hin, dass mich drei Journalisten interviewen wollten. Ich staunte nicht schlecht. M.W. hatte nirgendwo in den Medien eine Meldung gestanden, dass ich in die BB nachgerückt sei. Zudem hatte ich angenommen, dass ich mich in den legendären 100 Tagen erst einmal werde einarbeiten können, bevor die Presse mich zum Gespräch fordern würde. Also nahm ich an, dass man mich wohl ganz harmlos und nett nach meinen ersten Eindrücken befragen werde. Irrtum. Das Ergebnis ist bekannt: Die Artikel der „taz Bremen“ und der „Frankfurter Rundschau“.⁶

Die dann folgende „wochenlange Medienberichterstattung“ ist nur oberflächlich ein Ergebnis meiner Publikationen. Die waren nur der Anlass dazu. Aus dem ursprünglichen Thema „Der Rassist Korol, Mitglied der SPD“ wurde sehr schnell eine Debatte über die Frage, wie denn tatsächlich die Roma und die Immigrantin-

⁶ 1. Benno Schirrmeyer: Rassismus: SPD-Abgeordneter hetzt gegen Roma.

Ein SPD-Abgeordneter der Bremischen Bürgerschaft verbreitet auf seiner Homepage dumpfe Stereotype über Roma. Die Partei distanziert sich umgehend und sieht Gesprächsbedarf in der Fraktion. Bremen, 21.2.2013.

2. Eckhard Stengel: SPD-Politiker Martin Korol. Bremer SPD hat ihren Fall Sarrazin. Ffm, 24.2.2013.

nen und Immigranten überhaupt von einem Bundesland wie Bremen aufgenommen, versorgt und integriert werden könnten, das als „Haushaltsnotlageland“ schwerlich die Mittel und Ressourcen dazu hat. In einer dritten Phase der medialen Diskussion ging es um die Art und Weise, wie meine Partei mich behandelte – bis hin zum Mobbing.⁷ In der vierten Phase geht es mittlerweile um die Frage, wie die SPD und die Parteien überhaupt es mit der Redefreiheit gem. Art. 5 GG halten⁸ bis hin zur Frage nach der Zukunft der Parteien.⁹

Munition fand sich reichlich auf meiner Homepage. Man brauchte nicht einmal willkürlich Sätze aus dem Zusammenhang zu reißen, sie lagen zum Teil, thesenartig formuliert, parat.

Das zeigt sich besonders an einem Passus im Artikel „Meine Ziele für Bremen“. Da forderte ich für MdBB einen „deutschen Schulabschluss“. Das zeugt von einer grob fahrlässigen Naivität. „Idiotisch“ nannte ich das gar in der Sendung von „bunten un binnen“ am 22.2.2013. Denn natürlich verstößt die Forderung eines deutschen Schulabschlusses für die Wahrnehmung von Parlamentsmandaten ganz elementar gegen das Demokratiegebot von Landesverfassung und Grundgesetz, welches nur gleichberechtigte Staatsbürger als Träger der Volkssouveränität kennt und dem sämtliche besonderen Qualifikationsanforderungen (Bildung und/oder Vermögen) beim aktiven und passiven Wahlrecht fremd sind. Ich muss meine Fraktionskolleginnen und Fraktionskollegen mit migrantischen Hintergrund darum bitten, mir diese ihnen zugefügte Beleidigung zu verzeihen, sofern ich das noch nicht getan habe.¹⁰

6. Kulturelle Streitpunkte

In meinen kulturkritischen Überlegungen und in der heftigen Reaktion sowohl innerhalb der Partei als auch in der Öffentlichkeit spiegelt sich eine allgemeine Unsicherheit darüber, was denn nun heute unter „links“ und „rechts“ zu verstehen ist. Der Hamburger Soziologe Stefan Breuer schreibt hierzu: „Die tägliche Zeitungslektüre belehrt darüber, dass in breiten Kreisen als „rechts“ die Asylgesetzgebung gilt, die Begünstigung der Autofahrer, die bessere Bezahlung und Ausstattung der Polizei (wenn nicht schon deren bloßes Vorhandensein), das Bauen und Betreiben von Atomkraftwerken usw. Der Bezugsrahmen, an dem sich solche Einschätzungen orientieren, ist offensichtlich nicht mehr der Nationalstaat, sondern die Menschheit – das Leben, die Gesundheit, das Glück der größtmöglichen Zahl. Was dieses fördert, ist „links“, was es beeinträchtigt, schmälert, „rechts“: vom Rauchen

⁷ René Möller; Martin Korol in der Bürgerschaft/ Über hanseatische Höflichkeit. Länge:3:12 Minuten. 13. März 2013. Sendereihe: Nordwestradio Journal.

⁸ Vgl.: Korol hat auch Fürsprecher. Weser Report. Bremen-Stadt. 31.3.2013.

⁹ Parteien fehlt der Nachwuchs. WK/BN, 31.3.2013.

¹⁰ Ich schrieb an den „Verein der Bremer Sinti und Roma“ am 4. März 2013 und an den „Bremer Rat für Integration“ am 5. März 2013 einen Brief mit der Bitte um Entschuldigung.

und Müll-falsch-Sortieren bis zur Festlegung und Verteidigung territorialer Grenzen. „Rechts“ und „links“ sind zu bloßen Pathosformeln geworden, mit starkem moralisch-rhetorischem, aber geringem politischen Gehalt.“¹¹ Dies kann auch so formuliert werden, dass sich die Konfliktfelder von „rechts“ und „links“ in den letzten dreißig Jahren von den „harten“ ökonomischen Fragen der Verteilungsgerechtigkeit und der Thematisierung sozialer Ungleichheiten in den kulturellen Bereich verlagert haben. Kulturelle Konflikte, die um personelle sowie kollektive Identitäten kreisen und welche die Verteidigung oder Durchsetzung ganz bestimmter Lebenspraxen zum Ziel haben, sind jedoch im Gegensatz zu ökonomischen Auseinandersetzungen politisch wesentlich schwieriger zu handhaben. Ein noch so heftiger Streik, der auch mit Straßenunruhen und Polizeieinsätzen verbunden sein kann, ist eher beizulegen als ein kultureller Konflikt. Denn die beim Streik (und in sozialen Unruhen) in Rede stehenden ökonomischen Interessen sind prinzipiell verhandelbar, während im kulturellen Konflikt unterschiedliche Identitäten und Selbstverständnisse zusammenstoßen. Und niemand verhandelt darüber, wer er ist und wer er sein sollte. Insofern haben die „weichen“ kulturellen Themen entgegen der landläufigen Meinung einen durchaus „harten“ Kern.

Wer den Ausschlussantrag des Fraktionsvorstandes liest, wird feststellen, dass die Vorwürfe gegen mich ausschließlich kulturelle Streitpunkte betreffen, die um Fragen der kollektiven Identität der Partei, des Zusammenlebens unterschiedlicher Kulturen und der (aus meiner Sicht) „richtigen“ Lebenspraxis kreisen. Ich muss mir hier selbst den Vorwurf machen, bei der Veröffentlichung meiner Texte nicht genügend das damit verbundene politische Minenfeld beachtet zu haben. Andererseits zeigen aber auch die heftigen Reaktionen in der Partei an, wie sich dort die Schwerpunkte von der ökonomischen Verteilungsgerechtigkeit und der Überwindung ökonomisch bedingter Ungleichheiten zu kulturellen Fragen des „richtigen“ Zusammenlebens verlagert haben. Denn während die SPD in den letzten zehn Jahren verstärkt „kulturlinke“ Positionen bezog, hat sie gleichzeitig mit der Agenda 2010 und der damit verbundenen Hinwendung zur neoklassischen Wirtschaftstheorie jene bis dato tragenden Grundlinien verlassen, die auf eine Humanisierung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung und deren (langfristige) Transformierung abzielten. Die SPD folgt derzeit eher dem herrschenden neoklassischen Mainstream und entwickelt Korrekturforderungen lieber in Randbereichen.

Seit dem „Umbau“ des Sozialstaats durch die Agenda 2010 und Hartz IV – nebenbei: dieser „Umbau“ wurde nicht im Rahmen einer breiten innerparteilichen Diskussion erarbeitet, sondern von der Parteiführung mit mehrfachen Rücktrittsdrohungen des damaligen Bundeskanzlers Gerhard Schröder putschmäßig durchgesetzt – hat die SPD Abgrenzungsprobleme zu den bürgerlichen Parteien. Um diese Abgrenzungen trotzdem aufrechtzuerhalten, wendet sie sich verstärkt der „kulturellen Differenz“ zu den Konservativen (und „Liberalen“) zu. Polemisch könnte man hier auch von einer „Ersatzhandlung“ sprechen. Und im Rahmen dieser „Er-

¹¹ Stefan Breuer, Grundpositionen der deutschen Rechten (1871-1945), Tübingen 1999, S. 13.

satzhandlung“ will man an mir ein Exempel statuieren, wobei ich nicht verhehle, dass ich mit anfechtbaren Formulierungen in anfechtbaren Veröffentlichungen – die ich inzwischen bedauere – hierfür einen Anlass geboten habe.

Unbeschadet meiner kulturkonservativen Lebenseinstellung und gelegentlicher „marottenhafter und bizarrer Privatansichten“ (s.o.) stehe ich weiterhin für die Ziele einer demokratischen und sozialen Gesellschaft ein. Dessen regulatives Prinzip ist die Überwindung sozialstruktureller Ungleichheiten. Von daher stehe ich auch konsequent gegen alle Formen des Rassismus und gegen sonstige Versuche, Ungleichheiten biologistisch zu begründen. Zukünftig werde ich in meinen Veröffentlichungen jene Sorgfalt und sprachliche Vorsicht üben, die ich bisher vermissen ließ. Und ich werde mich mit kulturkritischen Überlegungen, die politisch keinen operativen Zweck verfolgen und ausschließlich meinem Drang zur Selbstdarstellung dienen, zurückhalten.

7. Politik im Alltag

Dass ein MdBB eine aktuelle, ästhetisch ansprechende und politisch korrekte Homepage hat, ist üblich und nützlich. Notwendig für die politische Arbeit im Alltag ist das nicht, auch nicht für ein Mitglied der SPD-Fraktion in der BB. Dort geht es um einen Gleichklang in den sozialdemokratischen Idealen, um Tugenden wie Fleiß, Zuverlässigkeit, Berechenbarkeit, Kollegialität und um die Bereitschaft, sich neuer Themen anzunehmen und auf die Menschen zuzugehen. Ich wüsste nicht, dass ich mich in meiner – noch recht kurzen – Tätigkeit als MdBB nicht in dieser Richtung verhalten hätte, sowohl innerhalb der Bürgerschaft wie auch in der Öffentlichkeit und in den Medien. Darum ist davon im Antrag des Fraktionsvorstandes denn auch keine Rede.

Dort heißt es dennoch auf S. 6:

„Es ist der SPD Bürgerschaftsfraktion deshalb auch nicht zumutbar für den Rest der Legislaturperiode in der Unsicherheit zu arbeiten, ob Martin Korol nicht entsprechend seiner veröffentlichten Texte auch als Abgeordneter agieren wird und damit im ständigen Widerspruch zu den Initiativen der gesamten Fraktion stehen wird.“

Sicher ist nur eines: In meiner bisherigen Tätigkeit in der Fraktion und in der BB agierte ich weder entsprechend meiner – inzwischen überholten – Texte als Abgeordneter noch stand ich „im ständigen Widerspruch zu den Initiativen der gesamten Fraktion“.

Von daher bitte ich Euch, liebe Genossinnen und Genossen, einen Ausschlussantrag weder zu fassen noch ihm zuzustimmen.